

9 ÖKOLOGISMUS

9.1 EINLEITUNG

Um die Hintergründe des aktuellen gesellschaftlichen Wandels (und den damit zusammenhängenden Gründen für die Entstehung neuer sozialen Bewegungen) verständlich zu machen, wird im folgenden eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Thesen (v.a. zur Umwelt- bzw. Risikoproblematik) des deutschen Soziologen BECK aufgeführt (Ulrich Beck, Die Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986).

9.1.1 Auf dem Weg von der Industrie- zur Risikogesellschaft

Die Vorteile des technisch-ökonomischen Fortschrittes werden immer mehr überschattet durch die gleichzeitige Produktion von Umweltbelastungen. Diese werden zunächst als latente Nebenwirkungen des spätindustriellen Produktionsprozesses wahrgenommen. Mit der Universalisierung und öffentlichen Kritik dieser Risiken erhalten sie eine zentrale Bedeutung.

Diese Modernisierungsrisiken und -folgen können nicht wie betriebliche und berufliche Risiken des 19. und 20. Jhs. lokal und gruppenspezifisch begrenzt werden, sondern erhalten eine Globalisierungstendenz mit neuartiger sozialer und politischer Dynamik. Was bisher als unpolitisch galt, wird politisch: die Beseitigung von (naturzerstörenden) Ursachen im Industrialisierungsprozess selbst (stille Revolution). Die Naturzerstörungen, die Moral jenseits der überkommenen Moral sind, erfordern eine Gesellschaftskritik jenseits bisheriger (z.B. marxistischer) Gesellschaftskritik. Die Gegenüberstellung von Natur und Gesellschaft als eine Konstruktion des 19. Jhs., die dem Doppelzweck diene, Natur zu beherrschen und zu ignorieren, hat ausgedient. Natur ist unterworfen und vernutzt am Ende des 20. Jhs. und damit von einem Aussen- zu einem Innen-, von einem vorgegeben zu einem hergestellten Phänomen geworden.

Die neue politische Kraft dieses Prozesses liegt in der egalisierenden Wirkung der Risiken. In diesem Sinne sind Risikogesellschaften keine Klassengesellschaften. Risiken weisen in ihrer Verbreitung einen sozialen Bumerang-Effekt auf: sie betreffen auch diejenigen, die sie produzieren oder von ihnen profitieren. In dieser Hinsicht erinnern sie an das Stände-Schicksal des Mittelalters. An Stelle des Stände-Schicksal tritt das Gefährdungsschicksal, in das man hineingeboren wird und dem man mit individueller Leistung nicht entkommen kann. Der Unterschied liegt darin, dass alle davon ähnlich betroffen sind.

Die weltweite Egalisierung der Gefährdungslage sollte aber nicht über neue soziale Ungleichheiten der Risikobetroffenheit hinwegtäuschen. Es besteht eine systematische Anziehungskraft zwischen grosser Armut und extremen Risiken (z.B. mit der Verlagerung gefährlicher Produktionsprozesse von den Industrieländern in die Dritte Welt). Materielles Elend und Risikobindheit fallen zusammen. Mit zunehmender Risikowahrnehmung wächst die soziale und politische Bedeutung des Wissens und damit der Medien, die das Wissen gestalten und vorbereiten. Die Risikogesellschaft ist in diesem Sinne auch eine Wissenschafts-, Medien- und Informationsgesellschaft. In ihr tun sich damit neue Gegensätze auf zwischen denjenigen, die Risikodefinitionen produzieren und denjenigen, die sie konsumieren.

Im Unterschied zur Klassengesellschaft, die in ihrer Entwicklungsdynamik auf das Ideal der *Gleichheit* bezogen ist, besteht der normative Gegenentwurf der Risikogesellschaft im Postulat

der *Sicherheit*. An die Stelle der Gemeinsamkeit der *Not* tritt die Gemeinsamkeit der *Angst*. Aus dieser Risiko- bzw. Betroffenenwahrnehmung entsteht ein politisches Vakuum, das durch neue politische Kräfte gefüllt wird.

9.2 ENTSTEHUNG DER ÖKOLOGIEBEWEGUNG

9.2.1 Ökologiebewegung und neue soziale Bewegungen

Die Ökologiebewegung ist ein Teil der neuen sozialen Bewegungen (als Grenzziehung zur historischen Arbeiterbewegung, als *der* sozialen Bewegung), die in den 60-er und 70-er Jahren in hochindustrialisierten Ländern (v.a. Europa und USA) entstanden sind (Bürgerrechts-, Frauen-, Friedens-, Jugendbewegung).

Neue soziale Bewegungen vertreten Anliegen, die weit über die Gruppe ihrer Anhänger hinaus Anklang finden. Sie sind Anzeichen eines tiefgreifenden Wertwandels, der quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen geht (jedoch mit Schwerpunkt in den Mittelschichten). Nicht mehr die soziale Klassenlage, sondern punktuelle Betroffenheit, gemeinsame Bedürfnisse und ideelle Forderungen stehen im Vordergrund. Mit andern sozialen Bewegungen teilt die Ökologiebewegung politische Stossrichtungen der persönlichen Emanzipation (durch eigenen Lebensstil, der sich von konventioneller (Konsum-)haltung unterscheidet und des persönlichen Widerstands).

9.2.2 Thesen zur Entstehung der Ökologiebewegung

- *Markt- und Demokratiedefizite*: Entscheidungsverfahren von Markt und Demokratie erfassen die ökologischen Probleme nicht. Es gibt keine Preise für "Natur" und keine Rechte künftiger Generationen, und nach der Hauptthese von Olson sind kurzfristige und spezifische Interessen "organisationsfähiger" als langfristige und allgemeine.
- *Folgen gesellschaftlicher Spezialisierung*: Die Eigendynamik industriell-technischer Systeme erzwingt Arbeitsteilung, Spezialisierung und organisatorische Ausdifferenzierung. Diese zerschneiden die ökologisch-gesellschaftlichen Zusammenhänge. Daraus resultiert der Anspruch auf ganzheitliche Problemlösungen.
- *Fortschreitender Individualisierungsprozess (Beck)*: Die Gründe für die Entstehung einer Ökologiebewegung liegen in der Dynamik von Individualisierungsprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg, welche die traditionellen Bindungen gelöst haben. Die Homogenisierung und Enttraditionalisierung vollzieht sich als Individualisierung. Heute, wo die Individualisierung am weitesten fortgeschritten ist, kann die individuelle Existenz weniger autonom geführt werden als je zuvor. Die neuen Proteste setzen dort an, wo verdrängte Gesellschaftlichkeit ins Privatleben durchschlägt (z.B. Umweltbelastungen). Ferner knüpft politische Mobilisierung heute nicht mehr an Milieus an, sondern an individueller Betroffenheit: junge Leute engagieren sich darum zunächst an sozialen Bewegungen und den Problemen, die sie aufgreifen, nicht an Parteien.
- *Gesellschaftlicher Wandel (Beck)*: Die Entstehung einer Ökologiebewegung ist eine Folge der inflationären Entwertung lebensleitender Selbstverständlichkeiten und Utopien (Klasse, Familie, Frau, Mann, Ehe, Elternschaft, Beruf). Im Sog dieser radikalisierten Infrage-

stellung aller Lebensnormen erscheint Natur als Schlupfloch, das es zu entdecken und bewahren gilt.

- *Wertewandelthese des Postmaterialismus (Inglehart)*: In Ländern mit einem hohen Wohlstandsniveau, in denen die elementaren materiellen Bedürfnisse gedeckt sind, entsteht der Wunsch zur Befriedigung immaterieller (postmaterialistischer) Werte. Die Ökologiebewegung fokussiert wichtige Anliegen postmaterialistischer Werthaltung. Falls postmaterielle Werte weniger eine Generationenentwicklung als ein konjunkturelles Phänomen wären (was in der empirischen Sozialforschung strittig ist), müssten Ökologiebewegungen in längeren wirtschaftlichen Krisen allerdings verschwinden.
- *Defizitthese (Selbstverständnis der Grünen Bewegung)*: Die Ökologiebewegung und die grünen Parteien sind Ausdruck eines politischen Werte- und Stilwandels, der keinen Eingang ins politische System vorfand. Da die traditionellen Parteien die neuen Werte nicht in ihr Zielsystem integrieren und umsetzen können (konnten), entsteht eine neue Bewegung. Diese bleibt unabhängig von der ökonomischen Lage bestehen, da sie sich mit Problemen auseinandersetzt, die ausserhalb der konventionellen Verteilungsfrage der bestehenden Parteien liegen.

9.3 DIE ÖKOLOGISCHE WELTANSCHAUUNG

9.3.1 Grundsätzliches

Die Ökologiebewegung übt eine doppelte Kritik an der spätindustriellen Gesellschaft:

Sie will die Grenzen der politischen Legitimation der postliberalen Demokratie und die ökologischen Grenzen des Modells der industriellen Zivilisation aufzeigen, d.h. eine Verbindung von Kultur-, Zivilisations- und Technikkritik, sozial-utopischen Gesellschaftsmodellen mit naturwissenschaftlichen-ökologischen (systemtheoretisch orientierten) Erkenntnissen und Modellen.

9.3.2 Inhalte

- Neue humanistische Ethik: Die Handlungsfreiheit des Menschens ist begrenzt durch die Gesetze des ökologischen Gleichgewichtes. Ethos der Leistung, der Konkurrenz, des Wachstums und der Mobilität werden ersetzt durch ein Ethos des sozialen Wohlbefindens, der immateriellen Lebensqualität, der humanen Zutraglichkeit und der "Antihektik";
- Langfristige Perspektive: Verantwortung für die Zukunft und für kommende Generationen;
- Qualitatives Wachstum;
- Antitechnokratie: sanfte Techniken, Anti-Expertentum;
- Dezentralisierung: lokale Selbstverwaltung, Autonomie, kleine Netze;

- Basisdemokratie; als Alternative zur repräsentativen Demokratie; Kritik am Staat und seinen Institutionen (Verwaltung, Parteien); dem von oben geführten Staat wird ein "Staat von unten" entgegengesetzt; Rotationsprinzip, imperatives Mandat, Konsens statt Mehrheitsentscheid.
- Weitere Punkte: global, vernetzt, ganzheitlich, nachhaltig, organisch, spirituell, biozentrisch.

9.3.3 Ideologische Grundlagen der Ökologiebewegung

- Idealismus und Romantik: Die geistigen Wurzeln der ökologischen Gesellschaftskritik liegen im idealistisch-romantischen Protest des 18. und 19. Jhs. Ähnlich wie die romantische Protestbewegung wendet sich der ökologische Protest nicht gegen das aufklärerische System, sondern gegen die sozialmoralische Deutungskompetenz. Er ist in erster Linie als Selbstkritik an der neuzeitlichen Aufklärung, als Kritik an der Verengung von Rationalität auf die Herrschaft ökonomisch, mechanistischer Denkformen in der industriellen Gesellschaft zu verstehen (Bürklin).
- Emanzipatorischer Anti-Modernismus: Die emanzipatorischen Ziele (individuelle Verantwortung, Vernunft, Solidarität) der Moderne werden unterstützt, nicht aber die traditionellen Mittel der Modernisierung (Technokratie, Bürokratie, Wirtschaftswachstum). Sie werden gerade im Namen der Moderne abgelehnt (Kriesi).
- Wertkonservatismus: Der Fortschrittsglaube beruht nach Meinung der Ökologiebewegung auf einem Irrtum, da der Natur nur in sehr begrenztem Masse Veränderungen zugemutet werden könnten, da sonst ökologische Katastrophen eintreten. Das Resultat ist die Vorstellung einer Kreislaufwelt (ganzheitlich, organisch --> klassisch-konservatives Denkmuster). Damit verbunden ist eine neue Innerlichkeitskultur mit der Rückbindung des Menschen an die Natur (z.B. Trep).
- Symbolismus: Gerade durch die Zerstörung und Unfasslichkeit bestimmter Umweltzerstörungen (z.B. verstrahlte Nahrungsmittel) erfahren Symbole eine zentrale Bedeutung. Sie werden verwendet um die Fasslichkeit des Unfassbaren kulturell herzustellen (Beck).
- Tendenz zum systemtheoretischen Totalitarismus: An die Stelle der zu verwerfenden Wissenschaften wird eine "Überwissenschaft" gesetzt. An die Stelle der monokausalen Techniken tritt die systemtheoretische Ökologie, die aufgrund ihrer Ganzheitlichkeit unbeabsichtigte Folgewirkungen nicht ausschliesst. In den Ökosystemmodellen findet "alles" Platz, allerdings nur unter dem Aspekt der Funktion für das System. Zudem eine Tendenz zu einem Totalitarismus der Gefahrenabwehr (Trep).
- Weitere Elemente: Sozialismus (Solidaritäts- und kollektives Verantwortungsprinzip mit kommenden Generationen, Entwicklungsländern, lebenden Dingen), Spiritualismus, Moralismus.

9.3.4 Ideologische Ausprägungen

9.3.4.1 *Der grüne Reformparlamentarismus*

Mit dem Ziel eines Dritten Weges in Gestalt einer ökologischen Kreislaufwirtschaft (mit öko-liberalen Elementen) wird mit anderen Partnern (vornehmlich der Sozialdemokratie) eine Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene angestrebt. Die Konstituierung einer neuen Mehrheit erfordert für sie die Übernahme politischer Verantwortung und die praktische Ausgestaltung einer ökologischen Verpflichtung in der spätindustriellen Gesellschaft. Konkrete Schritte (angesichts der drohenden ökologischen Katastrophe) und der fortlaufende Nachweis der Umsetzbarkeit grüner Ideen in die Praxis stehen im Vordergrund.

Ziel: Systemintegration. Mögliche Einflussnahme und Verantwortung wichtiger als Prinzipientreue. Ziel ist wichtiger als die Mittel.

9.4.3.2 *Der grüne Fundamentalismus*

Die ökologische Bewegung wird als basisdemokratische "Anti-Partei", als eine Erweckungsbewegung verstanden, die den notwendig gewordenen Wertwandel fördert. Aus ihrer Sicht kann es keinen Kompromiss mit dem Materialismus und "Konsumismus" der Industriegesellschaft geben. Grüne Politik wird zur Verkündung einer Mission: die ökologische Frage wird als "Gattungsfrage" gesehen.

Ziel: Systemopposition. Prinzipien und Moral wichtiger als Einflussnahme und Verantwortung. Die Mittel sind wichtiger als das Ziel. Der Weg ist das Ziel.

Der Konflikt zwischen "Realos" und "Fundis", ausgeprägt in der BRD, teilweise auch in der Schweiz vorfindbar, kann nicht zuletzt als Konflikt zweier Auffassungen von Ethik, nämlich der "Verantwortungs"- und der "Gesinnungsethik" im Sinne Max Webers (Politik als Beruf) verstanden werden.

9.4.3.3 *Ökosozialismus (vgl. vorne, Kapitel 4 1.3)*

9.4 TRÄGER ÖKOLOGISCHER IDEEN IN DER SCHWEIZ

9.4.1 Entstehung

Grün wurde in den 70-er Jahren in der Schweiz zunächst mit extrem rechts oder links assoziiert. So gründete der ehemalige Republikaner Vetsch 1978 die Grüne Aktion Zukunft Schweiz. Ebenso nahmen bei der NA seit ihrer Gründung ökologische Anliegen einen zentralen Platz ein. (Ähnliche Entwicklungstendenzen lassen sich bei den GRÜNEN in der BRD feststellen, bei der zu Beginn enttäuschte Rechtskonservative (H. Gruhl) eine wichtige Rolle spielten.)

Auf der andern Seite haben sich die POCH mit grünen Postulaten in der Stadt- und Verkehrspolitik profiliert.

Nachdem schon 1979 ein Kandidat des "Groupement pour la protection de l'environnement" GPE (Kt. VD) in den Nationalrat gewählt wurde, wollten sich die neuentstandenen kantonalen Parteien im Hinblick auf die NR-Wahlen 1983 zu einer gesamtschweizerischen Föderation zusammenschliessen. Ein gemeinsames Programm schien jedoch aufgrund der ideologischen Unterschiede nicht möglich, so dass sich die grüne Bewegung in der Schweiz aufspaltete: Der

eher gemässigt-bürgerliche Teil (mit ehemaligen Mitgliedern bürgerlicher Parteien, v.a. FDP) schloss sich in der "Föderation der grünen Parteien der Schweiz" GPS zusammen, der links-alternative Teil im "Grünen Bündnis Schweiz" GBS (mit ehemaligen POCH- und SAP-Mitgliedern) (vgl. auch Ladner 1988). Das 1988 gegründete Grüne Bündnis war nicht von Dauer: es ging nach den Wahlen 1991 in der Grünen Partei und der SPS auf. Vom Widerspruch zwischen „Wassermelonen-Grünen“ und „Gurken-Grünen“ ist heute kaum mehr etwas zu spüren, wobei dies wohl eher auf das Verschwinden der „Gurken-Grünen“ zurückzuführen ist.

9.4.2 Grüne Partei Schweiz

Seit 1983: Föderalistisch organisiert. Die Mitgliedergruppierungen bleiben auf kantonaler Ebene autonom. Die Delegiertenversammlung ist das oberste Organ der Föderation, wird nach dem Vorortsprinzip organisiert und tagt mindestens zweimal jährlich. Will grundsätzlich auf der Basis der bestehenden Ordnung Politik betreiben und strebt eine kontrollierte Entwicklung der spätindustriellen Gesellschaft nach ökologischen Massstäben an.

Die Entwicklung einer gemeinsamen Programmplattform der GPS war schwierig. 1983 Ausrichtung eines grünen Reformparlamentarismus mit "typisch" grünen, teils ökoliberalen Postulaten (Umweltschutz, staatliche und wirtschaftliche Dezentralisierung, Politik auf lange Sicht, gegen Technokratie). Seit anfangs der Neunziger Jahre Versuch, sich als vielfältig kompetente Partei mit stärkerer Betonung der Sozialpolitik zu profilieren (z.B. in Fragen der Neuen Armut, der Verkehrs-, Frauen-, Sicherheits- oder Europapolitik).

In Umfragen und hinsichtlich ihrer Positionen in politischen Fragen kommt die in den 1990er Jahren die Nähe der GPS zur SP immer wieder zum Ausdruck. Gemäss dem ehemaligen Parteipräsidenten der SP, Peter Bodenmann, braucht es neben der SP keine Grüne Partei mehr.

9.4.3 Umweltschutzverbände

Als weiterer Träger ökologischer Anliegen sind Umweltschutzverbände zu betrachten. Nach ihrem Umweltschutzverständnis lässt sich folgende Unterscheidung treffen:

- traditionelle Naturschutzverbände (z.B. SGU, SHS, SAC, z.T. SBN): Sie sind Produkte einer Bewegung zum Schutz der Natur zu Beginn dieses Jahrhunderts. Es handelt sich um ökologische Fachverbände, für die Umweltzerstörungen ein isoliertes Naturereignis sind. Umweltpolitik bedeutet hier *Schutzpolitik*. Dies lässt sich realisieren ohne die Funktionsweise anderer Politiken ernsthaft in Frage zu stellen oder gar traditionelle Werthaltungen einer grundlegenden Kritik zu unterziehen.
- neue Umweltschutzverbände (z.B. Greenpeace, WWF, VCS): Aus der Ökologiebewegung entstanden oder stark von ihren Ideen beeinflusst. Die Umweltzerstörung ist für diesen Ansatz nur *ein* Element der Kritik. Neue Umweltbewegungen visieren ein umfassendes Politikverständnis oder umfassende Gesellschaftspolitik an. Als Zielgruppe stehen vielfach Adressaten mit anderem, alternativem Lebensstil im Vordergrund.

9.4.4 Perspektiven

1. Träger des ökologischen Protests in der Vergangenheit waren gerade nicht die sozialen Milieus der "Meistgefährdeten", bei denen sich Armut mit Umweltbedrohungen kumulieren, sondern die relativ privilegierten Mittel- und Bildungsschichten. Zum Kernwählerpotential der grünen Parteien auch in der Schweiz gehören deshalb überdurchschnittlich die Mittelschichten, Junge, Gebildete, Frauen, sowie Personen mit nachmaterialistischen Werthaltungen und eher linker Einordnung im L/R-Schema. Dieses Potential scheint derzeit ausgeschöpft, und die Grünen gleichen sich den übrigen Parteien an. Eine erfolgreiche Links/Grüne Mehrheitsbildung - als Alternative zum historischen Bürgerblock - scheint Ausnahme zu bleiben.
2. Während die Grünen sich auch in anderen Politikbereichen profilieren, wird Ökologie über die SP hinaus auch von andern Parteien aufgenommen. Als Mehrheitspolitik wird Ökologie vor allem klassisch-ökonomisch betrieben: Marktinstrumente und Abgaben sowie Vorschriften sollen Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung vermindern oder gar eliminieren. Mehrheitsfähig ist diese Politik, weil sie auch volkswirtschaftlich Vorteile verspricht. Erfolgreiche Umweltpolitik weist eine hohe Technizität und Professionalität auf, der politische Parteien und Bewegungen oft nur noch mit Mühe folgen. Ein Stück weit wird damit der Ökologiebewegung das Wasser abgegraben, während ihre übrigen ideellen Ausrichtungen Anliegen einer Minderheit bleiben.
3. Breitenwirkung erzielt die Ökologiebewegung durch gesellschaftliche Verbreitung ökologischen Bewusstseins und Verhaltens als Teil eines neuen (individuellen) Lebensstils, der sich jedoch unter allen Schichten und politischen Gruppierungen verbreitet und keineswegs auf ökologische Politikforderungen hinauslaufen muss. Das ist zugleich mehr und weniger, als sich der Ökologismus vom vielzitierten Wertewandel versprach.
4. Die Ökologiebewegung hat keine Gesellschaftstheorie hervorbringen können, welche die postulierte fundamentale Wende (Überwindung der sich selbst zerstörenden industriellen Wachstumsmaschine) mit überzeugenden Modellen gesellschaftlichen Zusammenlebens hätte verbinden können. Die Behandlung solcher Fragen hat sich in der theoretischen Soziologie eher auf die allgemeinere Thematisierung der Folgen der "Modernisierung" der Gesellschaft verlagert (z.B. Beck 1993, Dubiel 1994).

Fragen zum Selbststudium

1. Unter Punkt 9.2.2 werden verschiedene Erklärungsansätze für die Entstehung der Ökologiebewegung genannt. Versuchen Sie diese in Bezug auf die schweizerische Gesellschaft bzw. das politische System zu untermauern.
2. Versuchen Sie ein Gesellschaftsmodell eines "Fundis" zu entwerfen. Wie würde er/sie den Begriff "Natur" verwenden, etwa im Gegensatz zu den "Realos"?
3. Überprüfen Sie, anhand eines tagespolitischen Geschäfts, wie weit Sie die hier behandelten Positionen in Argumentation und Vorstössen der Grünen in der Bundesversammlung finden.